

Keine Fusion der DJV-Verbände in Berlin und Brandenburg

DJV Berlin gegen Zusammenschluss – Streitigkeiten innerhalb des Verbandes

Berlin (epd). Eine Fusion der Landesverbände des Deutschen Journalisten-Verbands (DJV) in Berlin und Brandenburg ist vorerst gescheitert. Der DJV Berlin verschob am 3. Juli die Entscheidung über einen Zusammenschluss mit dem Journalistenverband Berlin-Brandenburg. Für den Aufschub stimmten laut Mitteilung des Verbands 67 Mitglieder, 60 waren dagegen. Zeitgleich entschied sich die Mitgliederversammlung des Journalistenverbands Berlin-Brandenburg einstimmig mit einer Enthaltung für eine Fusion.

In Berlin und Brandenburg war es 2004 bei den Vorstandswahlen der Landesverbände zu Unstimmigkeiten gekommen. Mitglieder beider Verbände warfen den wiedergewählten Vorständen damals vor, sich Mehrheiten organisiert zu haben. Außerdem wurde der damals wiedergewählte Vorsitzende des DJV Berlin, Alexander Kulpok, beschuldigt, den Verband finanziell heruntergewirtschaftet zu haben. Infolge der Streitigkeiten schloss der Bundesverband beide Landesverbände aus (epd 56/04).

Danach hatten sich in beiden Bundesländern neue Verbände gegründet: Der Verein Berliner Journalisten (VBJ) und der Brandenburger Journalisten-Verband. Die beiden alten Verbände setzten sich währenddessen erfolgreich vor Gericht gegen ihren Ausschluss zu Wehr. Seither gab es in Berlin und in Brandenburg jeweils zwei Landesverbände.

Positiv in Richtung Fusion

Die neuen Verbände, der VBJ und der Brandenburger Journalisten-Verband, fusionierten später zum Journalistenverband Berlin-Brandenburg. Ein Zusammenschluss mit dem DJV Berlin scheiterte 2007 an dessen Insolvenz (epd 76/07). Nach Abschluss des Insolvenzverfahrens Ende 2008 nahmen die Verbände ihre Fusionsverhandlungen wieder auf (epd 82/08). Der Altverband in Brandenburg, der DJV Landesverband Brandenburg, ist dabei außen vor.

Der nun beschlossene Aufschub der Fusionsentscheidung beim DJV Berlin kam für dessen Vorsitzenden Peter Pistorius nach eigenen Angaben nur zum Teil überraschend. „Die Stimmung auf der Versammlung war positiv in Richtung Fusion“, sagte er am 8. Juli dem epd. Zugleich räumte Pistorius ein, dass eine knappe Entscheidung absehbar gewesen sei, da es innerhalb

des Verbands eine starke Opposition gebe, die einen Zusammenschluss ablehne.

Zu den Gegnern gehört auch die Schatzmeisterin Jutta Rabe. Sie argumentiert, Pistorius habe die angestrebte Fusion quasi im Alleingang organisiert. Nach dem derzeit geplanten Modell seien die derzeit erwirtschafteten Gewinne des DJV Berlin gefährdet, sagte Rabe am 12. Juli dem epd. Pistorius wies dies zurück: Tatsächlich würde sich der Schuldenberg verringern, ginge der DJV Berlin mit dem Journalistenverband Berlin-Brandenburg zusammen. Dies gehe aus einer entsprechenden Vereinbarung mit dem Bundesverband hervor.

Für Pistorius ist die Fusion erst einmal in die Ferne gerückt: „Innerhalb unseres Verbandes kriegen wird das in absehbarer Zeit nicht mehr zustande, da sich die meisten Mitglieder wohl nicht für eine erneute Versammlung motivieren lassen.“ Die Oppositionsgruppe strebt nach Angaben von Rabe einen runden Tisch an: „Die Mitglieder sollen über verschiedene Fusionsmodelle diskutieren und ein geeignetes Modell durch Abstimmung beschließen“.

Der Journalistenverband Berlin-Brandenburg stellt sich unterdessen hinter Pistorius. Dieser habe „sich seit Wochen einer verleumderischen Kampagne der Fusionsgegner zu erwehren“, hieß es in einer Pressemitteilung vom 6. Juli. Pistorius müsse nun zunächst „die Situation im eigenen Verband bereinigen“. tz

Radio Paradiso klagt gegen Lizenzentzug

Geschäftsführer Gülzow: „Historischer Höchststand“ bei den Zuhörerzahlen

Berlin (epd). Der christliche Sender Radio Paradiso geht juristisch gegen den Entzug der Sendelizenz vor. Bis Mitte dieser Woche werde ein Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz beim Berliner Verwaltungsgericht gestellt, sagte der Geschäftsführer des Senders, Matthias Gülzow, am 13. Juli dem epd. Damit solle zunächst die für den 31. November vorgesehene Umsetzung eines entsprechenden Beschlusses der Medienanstalt Berlin-Brandenburg (MABB) verhindert werden. „Innerhalb der kommenden vier Wochen werden wir zudem Klage einreichen“, so Gülzow. Die MABB gab auf Anfrage keine Stellungnahme ab.

Der Medienrat der MABB hatte im Mai beschlossen, die bisher von Radio Paradiso genutzten UKW-Frequenzen in Berlin und Brandenburg ab Dezember an den Sender